

# Wirtschaft im Wandel

1/2019

23. April 2019, 25. Jahrgang



Reint E. Gropp **S. 03**

## **Kommentar: Stadt, Land, Frust**

H.-U. Brautzsch **S. 04**

Aktuelle Trends: Durchschnittsalter der Bevölkerung:  
Deutliches Ost-West-Gefälle

O. Holtemöller, C. Schult **S. 05**

Zu den Effekten eines beschleunigten  
Braunkohleausstiegs auf Beschäftigung  
und regionale Arbeitnehmerentgelte

R. E. Gropp, V. Saadi **S. 10**

Gute Absicht – böses Ende:  
Die US-Wohnungspolitik als Brand-  
beschleuniger der Weltfinanzkrise

## Inhaltsverzeichnis

- 03**    Kommentar: Stadt, Land, Frust  
         Reint E. Gropp
  
- 04**    Aktuelle Trends: Durchschnittsalter der Bevölkerung: Deutliches Ost-West-Gefälle  
         Hans-Ulrich Brautzsch
  
- 05**    Zu den Effekten eines beschleunigten Braunkohleausstiegs auf Beschäftigung und  
         regionale Arbeitnehmerentgelte  
         Oliver Holtemöller, Christoph Schult
  
- 10**    Gute Absicht – böses Ende: Die US-Wohnungspolitik als Brandbeschleuniger der Weltfinanzkrise  
         Reint E. Gropp, Vahid Saadi
  
- 14**    Meldungen
  
- 15**    Veranstaltungen
  
- 17**    Publikationen
  
- 19**    Diskussionspapiere
  
- 20**    Pressemitteilungen
  
- 21**    Das IWH in den Medien
  
- 21**    Personalien

## Stadt, Land, Frust

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



### Die Empörung über die neue IWH-Publikation lenkt vom Kernproblem ab: Wie lässt sich Ostdeutschlands Zukunft erfolgreich gestalten?

Der Titel ist nüchtern, das Echo grell. „Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“ heißt die Publikation, die das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) heute vor einem Monat veröffentlicht hat. Wir analysieren darin die Entwicklungsunterschiede im heutigen Deutschland. Ob Wirtschaftsleistung oder Löhne, Zuwanderung oder Bildung: In vielerlei Hinsicht zeichnen die regionalen Muster beständig die einstige Teilung zwischen DDR und alter Bundesrepublik nach. Das zeigen wir sehr anschaulich und überlegen, wie sich die Unterschiede verkleinern ließen. Und die Reaktionen aus Teilen der Politik? Entrüstung, Diskreditierung von Forschung und Versuche, Wissenschaftler persönlich herabzusetzen.


Ohne ihn irgendwie gutzuheißen, lässt sich der Furor einiger ostdeutscher Landespolitiker zumindest erklären – die Wahlen vor der Brust, im Nacken die AfD und im Rücken eine schmerzhaft vergangene mit Arbeitsplatzverlusten, Abschwung, Abwanderung. Allerdings: Für Politik und für Wissenschaft gelten unterschiedliche Rollenbeschreibungen. Nur ergebnisoffene Forschung ist sinnvoll, gerade dann, wenn sie unbequem oder politisch nicht opportun zu sein scheint.

In Teilen der Debatte vermisste ich das nüchterne Wahrnehmen von Fakten und was aus ihnen folgt. Eine substanzielle Auseinandersetzung auch jenseits medialer Bühnen, auf denen Forschung bisweilen so weit verkürzt aufgeführt wird, bis nur noch Zankäpfel über die Bretter rollen, wäre besser. Darum noch mal: Was sind unsere Hauptpunkte?

Wir alle wussten, dass in puncto Produktivität ein West-Ost-Gefälle besteht. Weil generell die Produktivität mit der Betriebsgröße steigt und etwa 93% der größten deutschen Betriebe ihren Sitz im Westen haben, war klar, dass der Osten schlechter abschneidet. Neu ist Folgendes: Selbst wenn man unterschiedliche Betriebsmerkmale wie Branchenzugehörigkeit und Kapitalintensität berücksichtigt, haben ostdeutsche Firmen in jeder Größenklasse eine mindestens 20% niedrigere

Produktivität. Wir denken, das liegt an den staatlichen Subventionen in den letzten 25 Jahren. Sind diese an die Bedingung geknüpft, Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen, dann steht das einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Weg, und damit auch höheren Löhnen. Angesichts des Fachkräftemangels sollte Wirtschaftsförderung deshalb nicht versuchen, um jeden Preis Arbeitsplätze zu erhalten. Vielmehr sollte man sich darum kümmern, dass bei den Einkommen Ostdeutschland nach 30 Jahren endlich mit dem Westen gleichzieht.

Was also ist zu tun? Wir beobachten weltweit den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und eine Migration vom Land in die Stadt. Wir denken, Ostdeutschland sollte sich an die Spitze dieser Veränderungen setzen. Urbane Räume ziehen kluge Köpfe an, die in heterogenen Teams neue Geschäftsideen umsetzen. Städte und ihr Umfeld sind zentrale Schauplätze für Forschung, Innovation und Wertschöpfung. Es lohnt sich, besonders in Ballungsräume zu investieren, in gute Infrastruktur, in schnelles Internet, in hochwertige Bildung und Wissenschaft, weil die Chance auf wirtschaftlichen Fortschritt dort am größten ist.

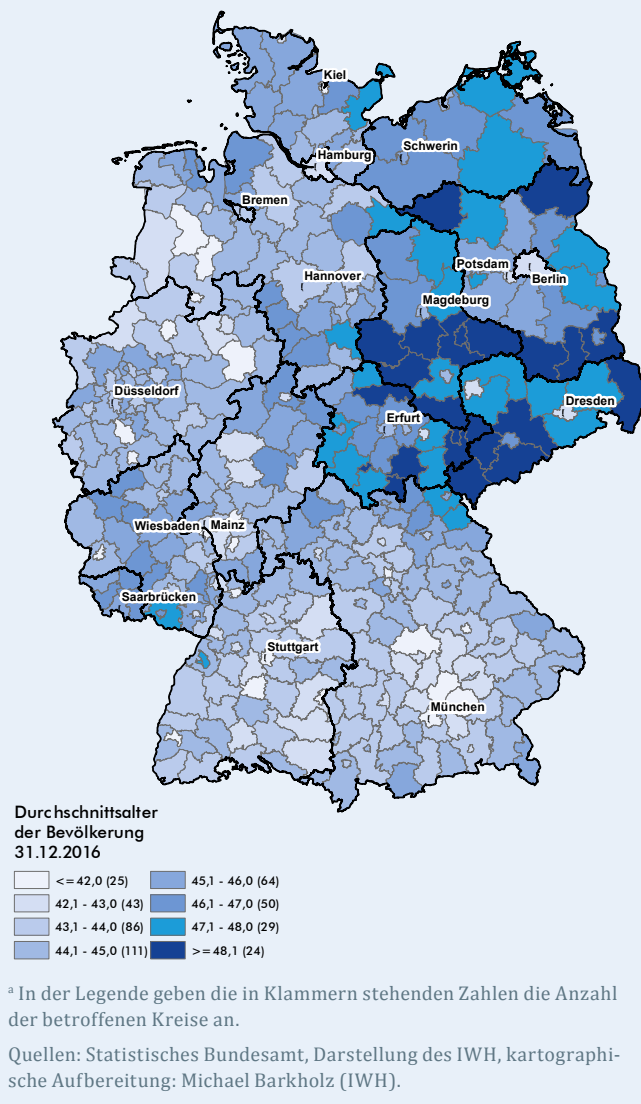
Die IWH-Untersuchung zeigt, dass sich die Produktivität zwischen den ost- und westdeutschen Städten stärker unterscheidet als zwischen den ländlichen Regionen. Deshalb empfehlen wir, darüber nachzudenken, wie sich gerade die ostdeutschen Ballungsräume stärken lassen. Also zum Beispiel Leipzig-Halle im Verbund mit Schkeuditz, Schkopau, Leuna und weiteren Orten. Mit einer guten Anbindung strahlt der wirtschaftliche Erfolg der Städte ins Land aus. Das bringt uns dem Ziel näher, das Wohlstandsgefälle zu Westdeutschland zu verkleinern. Und das wiederum könnte helfen, die Spannungen innerhalb der deutschen Gesellschaft abzubauen. Es geht nicht darum, den ländlichen Raum aufzugeben. Es geht um die richtigen Prioritäten. Wenn wir uns in der global vernetzten Welt auch in Zukunft behaupten wollen, sollten wir mehr Kraft für Städte aufwenden. 

Die Originalfassung dieses Textes erschien am 04.04.2019 in der Mitteldeutschen Zeitung.


# Aktuelle Trends: Durchschnittsalter der Bevölkerung: Deutliches Ost-West-Gefälle

Hans-Ulrich Brautzsch

Durchschnittliches Alter der Bevölkerung am  
31.12.2016<sup>a</sup>, in Jahren



das Durchschnittsalter von 39,6 auf 44,1 Jahre zu. Die Zunahme des Durchschnittsalters war damit in Westdeutschland mit 4,5 Jahren nur etwa halb so hoch wie in Ostdeutschland (8,4 Jahre). Beeinflusst wurde diese Entwicklung in Ostdeutschland durch das hohe Geburtendefizit sowie die Wanderungsverluste.

Zwischen den Regionen zeigen sich deutliche Unterschiede. In Westdeutschland reicht im Jahr 2016 – neuere Angaben liegen noch nicht vor – die Spannweite beim Durchschnittsalter von 40,2 Jahren in Heidelberg bis zu 47,8 Jahren in Wunsiedel, Ostholstein, Goslar bzw. in Lüchow-Dannenberg. In Ostdeutschland werden das niedrigste Durchschnittsalter mit 42,3 Jahren in Jena und der höchste Wert in Suhl mit 50,2 Jahren erreicht. Allerdings ist der Anteil der Kreise mit einem besonders hohen Durchschnittsalter im Osten sehr groß: So gehören zu den 30 Kreisen in Deutschland mit dem höchsten Durchschnittsalter der Bevölkerung ausschließlich ostdeutsche Kreise. Dass der Abstand zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland nicht noch größer ausfällt, liegt auch daran, dass in sieben ostdeutschen Städten, die zusammen einen Anteil an der ostdeutschen Bevölkerung von einem Drittel haben, der gesamtdeutsche Durchschnittswert unterschritten wird. Dabei handelt es sich neben Berlin um die Städte Potsdam, Dresden, Leipzig, Erfurt, Jena und Weimar. 

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung<sup>1</sup> hat in Deutschland kontinuierlich zugenommen. In Ostdeutschland ist es zwischen Ende 1990 und Ende 2017 von 37,9 auf 46,3 Jahre gestiegen.<sup>2</sup> In Westdeutschland nahm

1 Das Durchschnittsalter einer Bevölkerung ist das arithmetische Mittel des Alters ihrer Mitglieder. Vgl. *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung*: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Glossar/D/Durchschnittsalter-Bevoelkerung.html>.

2 1990: Ostdeutschland mit Ost-Berlin; Westdeutschland mit West-Berlin. 2017: Ostdeutschland mit Berlin; Westdeutschland ohne Berlin.

Hans-Ulrich Brautzsch

Abteilung Makroökonomik

[Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de](mailto:Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

# Zu den Effekten eines beschleunigten Braunkohleausstiegs auf Beschäftigung und regionale Arbeitnehmerentgelte

Oliver Holtemöller, Christoph Schult

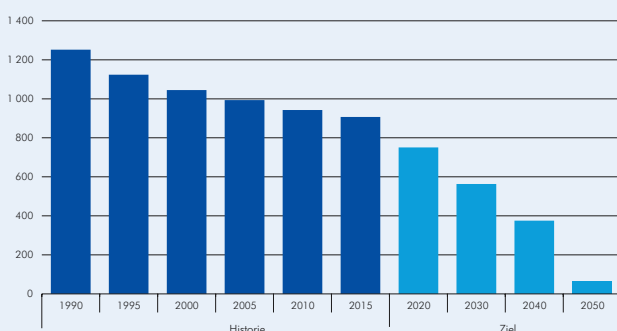
Ohne weitere staatliche Maßnahmen können die Klimaschutzziele der Bundesregierung nicht erreicht werden. Eine Möglichkeit, Emissionen zu reduzieren, ist der Ausstieg aus der Braunkohleverbrennung. Die Braunkohlewirtschaft zahlt allerdings doppelt so hohe Löhne im Vergleich zum durchschnittlichen Lohnniveau. Der Braunkohleausstieg wird voraussichtlich Einkommenseinbußen und Abwanderung aus den Braunkohleregionen mit sich bringen.

*JEL-Klassifikation: E17, O11, O21, O44, Q28*

*Schlagwörter: Kohleausstieg, Energiewende, Klimawandel, Strukturwandel, allgemeines Gleichgewichtsmodell*

Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Deutschland will seinen Ausstoß an Treibhausgasen stetig reduzieren. Bis 2020 sollen sie im Vergleich zum Jahr 1990 um 40% verringert werden (vgl. Abbildung 1); danach sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf 45% und bis zum Jahr 2040 auf 30% des 1990er-Werts reduziert werden. Bis zum Jahr 2050 müsste Deutschland fast klimaneutral sein, wenn es die gesetzten Emissionsziele erreichen möchte.

**Abbildung 1**  
Treibhausgasemissionen Deutschlands  
Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente



Quellen: Umweltbundesamt;<sup>1</sup> Darstellung des IWH.

Im Jahr 2016 (neuere Daten liegen nicht vor) war die Energiewirtschaft mit 332 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> für ca. 37% der gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands verantwortlich.<sup>2</sup> Ungefähr 150 TWh<sup>3</sup> Strom in Deutschland wurden 2016 aus Braunkohle erzeugt, dies entspricht einem Anteil von 23% an der gesamten Stromerzeugung von 650 TWh.<sup>4</sup> Bei der Generierung von 1 kWh Strom aus Braunkohle werden 1 148 g CO<sub>2</sub> emittiert; bei Erdgas werden lediglich 382 g CO<sub>2</sub> pro kWh ausgestoßen.<sup>5</sup> Die Verstromung von Braunkohle machte folglich mit 172 Mio. Tonnen Kohlendioxid ca. 52% der Emissionen der Energiewirtschaft aus. Da eine deutliche Reduktion der Emissionen durch technische Innovationen gegenwärtig nicht absehbar ist, scheint ein Ausstieg aus der Kohleverstromung zur Erreichung der Klimaschutzziele notwendig.<sup>6</sup>

Die aktuellen europäischen und nationalen Maßnahmen zur Reduzierung der Stromerzeugung aus Braunkohle reichen nicht aus, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Energiewirtschaft

<sup>2</sup> Umweltbundesamt, a. a. O. Dabei schließt die Gesamtmenge alle Treibhausgase ein. Deren Mengen werden in Kohlendioxid-Äquivalente umgerechnet.

<sup>3</sup> Terrawattstunde. 1 TWh = 1 Mrd. kWh.

<sup>4</sup> Vgl. BMWi: Zahlen und Fakten Energiedaten – Nationale und Internationale Entwicklung. Gesamtausgabe im XLSX-Format, Tabelle 22 „Stromerzeugungskapazitäten, Bruttostromerzeugung und Bruttostromverbrauch“ (Stand 15.02.2018), <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/energiedaten-gesamtausgabe.html>, Zugriff am 08.01.2019.

<sup>5</sup> Vgl. Icha, P.; Kuhs, G.: Entwicklung der spezifischen Kohlendioxid-Emissionen des deutschen Strommix in den Jahren 1990–2017. Climate Change 11/2018. Umweltbundesamt: Dessau-Roßlau 2018, 16.

<sup>6</sup> Vgl. Myhrvold, N. P.; Caldeira, K.: Greenhouse Gases, Climate Change and the Transition from Coal to Lowcarbon Electricity, in: *Environmental Research Letters*, Vol. 7 (1), 2012, 014019.

<sup>1</sup> Umweltbundesamt: Indikator: Emission von Treibhausgasen (Stand: 01/2018), <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-emission-von-treibhausgasen>, Zugriff am 08.01.2019.

werden bis zum Jahr 2030 nur auf 231 Mio. Tonnen und nicht auf die erforderlichen 183 Mio. Tonnen fallen.<sup>7</sup> Mit den bisher beschlossenen Maßnahmen wird die Stromerzeugung aus Braunkohle bis zum Jahr 2030 auf 82 TWh fallen, zur Erreichung der klimapolitischen Ziele müsste sie jedoch bis 2030 auf 34 TWh fallen (vgl. Abbildung 3 a).

### Braunkohleregionen in Deutschland

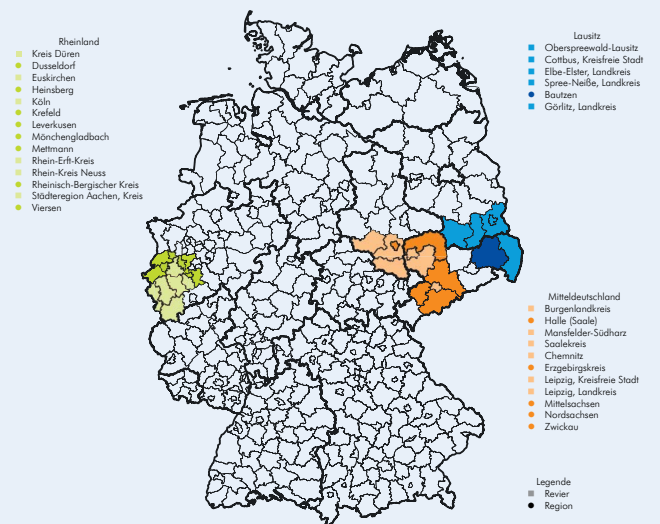
Im Jahr 2014<sup>8</sup> waren insgesamt etwa 21 000 Personen in der Braunkohlenwirtschaft beschäftigt, d. h. ungefähr 0,05% aller Erwerbstätigen in Deutschland (einer von 2 000). Auf sie entfielen aufgrund überdurchschnittlicher Löhne allerdings 0,1% des Arbeitnehmerentgeltes. In Deutschland gibt es noch drei Regionen, in denen Braunkohle zur Stromerzeugung abgebaut wird. Die größte davon ist das Rheinland mit insgesamt ca. drei Millionen Erwerbstätigen. In der Braunkohleregion Mitteldeutschland leben ca. 1,5 Millionen Erwerbstätige. Die kleinste Region ist die Lausitz mit ca. 460 000 Erwerbstätigen.

Für die vorliegende Untersuchung werden die drei Braunkohleregionen als ökonomisch-funktionale Einheiten abgegrenzt. Sie umfassen nicht nur die Landkreise, in denen Braunkohle abgebaut wird (Revier), sondern auch die benachbarten, über Pendlerströme wirtschaftlich eng verbundenen Kreise (vgl. Abbildung 2).

Im Jahr 2014 betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland insgesamt 6,4%, in den drei Braunkohleregionen lag sie darüber. In der Lausitz betrug die Arbeitslosenquote 11%, in Mitteldeutschland 9,1% und im Rheinland 7,3% (vgl. Tabelle).

In den beiden ostdeutschen Braunkohleregionen kommt dem Produzierenden Gewerbe ein deutlich höheres Gewicht zu als im Rheinland. In der Lausitz sind ca. 1,7% aller Erwerbstätigen in der Braunkohlenwirtschaft beschäftigt; in den beiden anderen Regionen sind es weniger als 0,5%.

**Abbildung 2**  
Braunkohleregionen in Deutschland



Quelle: Darstellung des IWH in Anlehnung an Kosfeld und Werner (2012).<sup>9</sup>

### Tabelle

#### Regionale Arbeitsmärkte in Zahlen

Region	Rheinland	Mitteldeutschland	Lausitz	übriges Deutschland
Erwerbstätige in Personen				
Braunkohle	10 146 0,3 %	2 376 0,2 %	7 995 1,7 %	479 0,001 %
übriges Produzierendes Gewerbe	586 746 19,4 %	398 070 27,3 %	137 644 29,8 %	10 010 000 26,5 %
Dienstleistungen	2 425 462 80,3 %	1 055 229 72,5 %	315 588 68,4 %	27 713 000 73,5 %
Arbeitnehmerentgelt in Mio. Euro				
Braunkohle	715 0,6 %	161 0,4 %	524 4,3 %	n. v.
übriges Produzierendes Gewerbe	28 712 24,5 %	12 000 29,7 %	3 625 29,6 %	433 440 33,0 %
Dienstleistungen	87 809 74,9 %	28 181 69,9 %	8 118 66,2 %	879 543 67,0 %
Arbeitslosenquote in %				
	7,3	9,1	11	6,1

Quellen: VGR der Länder (2017);<sup>10</sup> Öko-Institut (2017);<sup>11</sup> Bundesagentur für Arbeit (2017);<sup>12</sup> Berechnungen des IWH.

<sup>7</sup> Öko-Institut; Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH, Aachen; Kliniski, S.: Klimaschutz im Stromsektor 2030 – Vergleich von Instrumenten zur Emissionsminderung. Climate Change 02/2017. Umweltbundesamt: Dessau-Roßlau 2017.

<sup>8</sup> Das Ausgangsjahr für die Simulationsrechnungen ist das Jahr 2014. Aus diesem Grund werden im Folgenden nur Zahlen für dieses Jahr ausgewiesen.

<sup>9</sup> Vgl. Kosfeld, R.; Werner, A.: Deutsche Arbeitsmarktregionen – Neuabgrenzung nach den Kreisgebietsreformen 2007–2011, in: Raumforschung und Raumordnung, Vol. 70 (1), 2012, 49–64.

<sup>10</sup> Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2015. Reihe 2, Band 1 (Stand: November 2016), Stuttgart 2017.

<sup>11</sup> Vgl. Öko-Institut: Die deutsche Braunkohlenwirtschaft. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen. Studie im Auftrag von Agora-Energie-wende und der European Climate Foundation. Berlin, Mai 2017.

<sup>12</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslose nach Rechtskreisen (Monatszahlen), Nürnberg, Datenstand: Juni 2017.

Die Bedeutung der Braunkohlenwirtschaft für die Lausitz wird noch deutlicher bei der Betrachtung des Arbeitnehmerentgeltes. Ungefähr 4% des Arbeitnehmerentgeltes in der Lausitz stammen direkt aus der Braunkohlenwirtschaft. In den anderen beiden Regionen ist der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes auch ungefähr doppelt so groß wie der Anteil der Erwerbstätigen. Insgesamt beläuft sich das Arbeitnehmerentgelt in der Braunkohlenwirtschaft auf 1,4 Mrd. Euro pro Jahr. Ein Erwerbstätiger in der Braunkohlenwirtschaft verdiente 2014 durchschnittlich 68 000 Euro. Das Arbeitnehmerentgelt pro Erwerbstätigen betrug deutschlandweit 35 000 Euro.

### Mögliche Auswirkungen eines Braunkohleausstiegs und Modellszenarien

Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung dürfte somit den Durchschnittslohn in den betroffenen Regionen mindern und in der Folge eine niedrigere Konsumgüternachfrage mit sich bringen. Auch wird Nachfrage bei den Zulieferern der Braunkohlenwirtschaft wegfallen. Außerdem dürften in ganz Deutschland die Strompreise stärker steigen, wenn die Verstromung der Braunkohle eingestellt wird.<sup>13</sup>

Die meisten Studien, die gesamtwirtschaftliche Effekte eines Braunkohleausstiegs ermitteln, verwenden Input-Output-Analysen.<sup>14</sup> Diese vernachlässigen jedoch sowohl Preiseffekte als auch den Ausbau anderer Energieträger sowie den Fortzug von Menschen aus den Braunkohleregionen. Im Folgenden werden die potenziellen Effekte eines beschleunigten Braunkohleausstiegs auf Beschäftigung und Arbeitseinkommen in Deutschland insgesamt und in den Braunkohleregionen mit Hilfe eines dynamischen allgemeinen Gleichgewichtsmodells simuliert, das diese Faktoren berücksichtigt (vgl. Kasten). Es werden hier zwei Szenarien betrachtet. Das erste Szenario simuliert die Effekte einer Reduzierung der Nettostromerzeugung, die sich aus den bisher beschlossenen Maßnahmen ergeben (Basisszenario). Im zweiten Szenario (Alternativszenario) wird die Stromerzeugung aus Braunkohle darüber hinaus so stark reduziert, dass die Treibhausgasemissionen die Zielmengen ab dem Jahr 2030 nicht überschreiten (vgl. Abbildung 3a).

<sup>13</sup> Vgl. *Öko-Institut; Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH Aachen; Klinski, S.*, a. a. O., 88 (Abbildung 7–1).

<sup>14</sup> Vgl. *Economic Trends Research; frontier economics; Georg Consulting; Visionometrics: Folgenabschätzung des CO<sub>2</sub>-Sektorziels für die Energiewirtschaft im Klimaschutzplan 2050. Eine Studie im Auftrag der RWE AG.* Februar 2018. *Institut der deutschen Wirtschaft Köln (iW): Folgenabschätzung Klimaschutzplan und Strukturwandel in den Braunkohleregionen.* Auftraggeber: DEBRIV. Köln, Oktober 2018.

#### Kasten

#### Das dynamische Multi-Sektor-Multi-Regionen-Modell des IWH

Für die Simulation der Effekte eines beschleunigten Braunkohleausstiegs in Deutschland wird ein dynamisches allgemeines Gleichgewichtsmodell verwendet, das mehrere Wirtschaftsbereiche und mehrere Regionen abbildet.<sup>a</sup> Im Modell wird zwischen den drei vorgestellten Braunkohleregionen und einer weiteren Region „übriges Deutschland“ unterschieden. In jeder Region werden Energiegüter und Nicht-Energiegüter hergestellt. Energiegüter werden aus Braunkohle und anderen Energieträgern hergestellt, d. h., ein möglicher Ausbau anderer Energieträger in Deutschland wird berücksichtigt. Konsumenten fragen Güter aus jeder Region nach. Energie und andere Güter werden als Komplemente behandelt. Die Austauschbarkeit zwischen Energie und anderen Gütern wird mit Hilfe von Bruttowertschöpfungsdaten für Deutschland geschätzt. In jeder Region werden Energie- und Nicht-Energiegüter aus den verschiedenen Regionen nachgefragt. Für den Konsumenten einer Region sind Energiegüter aus dem Rheinland, der Lausitz, Mitteldeutschland und „übriges Deutschland“ leicht austauschbar. Die Austauschbarkeit für regionale Nicht-Energiegüter ist geringer.

Ausgangsjahr der Simulationsstudie ist das Jahr 2014. Die nötigen Daten werden den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder auf Kreisebene entnommen. Fehlende Angaben, besonders für den Energiesektor, werden mit Hilfe von Unternehmensstatistiken geschätzt.

Die Reduktion der Nettostromerzeugung der Braunkohle wird exogen vorgegeben. Die Firmen passen Beschäftigung, Preise sowie Löhne und Gehälter modellendogen an.

Es wird angenommen, dass die langfristige, strukturelle Arbeitslosenquote in den betroffenen Regionen nicht steigt, weil sie von institutionellen und regionalen Faktoren abhängt. Ein wesentlicher Faktor beim Abbau der zunächst steigenden Arbeitslosigkeit ist die Abwanderung aus den betroffenen Regionen.

<sup>a</sup> Die technischen Details werden beschrieben in: *Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Schult, C.*: A Multi-region Multi-sector Macroeconomic Model for Germany – An Application to the Coal Phase-out in Germany. IWH-Diskussionspapier, im Erscheinen.

In diesem Ausstiegsszenario wird ab 2035 kein Strom aus Braunkohle mehr generiert.

### Effekte auf Beschäftigung und Arbeitnehmerentgelt

Der beschleunigte Braunkohleausstieg führt im Jahr 2040 zu einer vollständigen Einstellung der Erzeugung von Strom aus Braunkohle, d. h. im Vergleich zu den bisher geplanten Maßnahmen zu einem zusätzlichen Abbau von 10 000 Arbeitsplätzen und einer zusätzlichen Reduktion des Arbeitnehmerentgelts um 675 Mio. Euro in der Braunkohlenwirtschaft. Der größte Teil dieser Reduktion entfällt auf die Lausitz und das Rheinland.

Das Arbeitnehmerentgelt insgesamt geht besonders stark im Rheinland und in der Lausitz zurück. Im

Jahr 2040 wird es in Deutschland um 4,2 Mrd. Euro geringer sein als im Basisszenario. Davon entfallen ca. 1,8 Mrd. Euro auf das Rheinland, ca. 750 Mio. Euro auf die Lausitz und ca. 590 Mio. Euro auf Mitteldeutschland. Im übrigen Deutschland fällt das Arbeitnehmerentgelt um ca. eine Mrd. Euro (vgl. Abbildung 3 b). Das Arbeitnehmerentgelt verringert sich durch eine geringere Beschäftigung und durch geringere reale Löhne. Im Jahr 2040 gibt es im Alternativszenario ungefähr 16 000 Erwerbstätige in Deutschland weniger. Das Rheinland und die Lausitz haben ungefähr 4 000 Erwerbstätige weniger und Mitteldeutschland 400 Erwerbstätige. Im übrigen Deutschland reduziert sich die Anzahl der Erwerbstätigen um 7 000 Personen (vgl. Abbildung 3 c).

Durch den Wegfall eines Hochlohnssektors verschlechtert sich die Verhandlungsposition von Arbeitnehmern bei

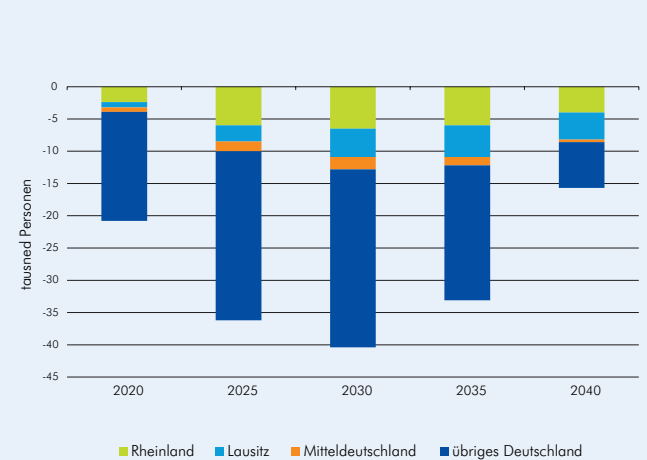
**Abbildung 3**

Effekte eines beschleunigten Braunkohleausstiegs auf Arbeitnehmerentgelt, Erwerbstätige und Erwerbsbevölkerung – Abweichungen Alternativszenario gegenüber Basisszenario

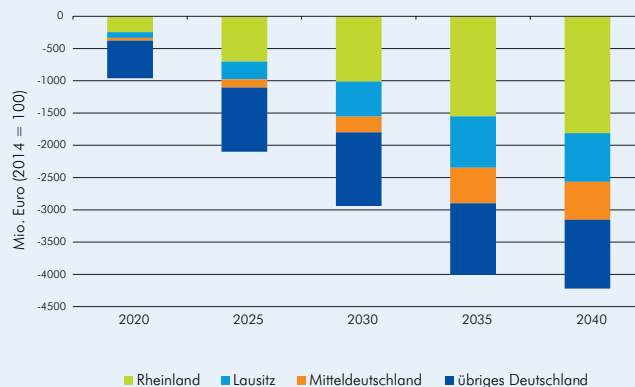
(a) Stromerzeugung aus Braunkohle, in TWh



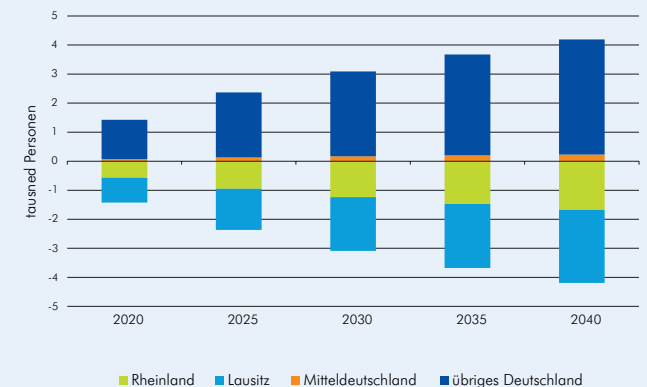
(c) Erwerbstätige, in tausend Personen



(b) Arbeitnehmerentgelt, in Mio. Euro in Preisen von 2014



(d) Erwerbsbevölkerung, in tausend Personen





Tarifabschlüssen. Aus diesem Grund wird das Arbeitnehmerentgelt langfristig geringer ausfallen. Besonders in den Braunkohleregionen können andere Wirtschaftszweige geringere Lohnsteigerungen durchsetzen, solange die regionalen Arbeitslosenquoten höher sind. Auch die Konkurrenz um junge, gut qualifizierte Arbeitnehmer wäre weniger intensiv durch einen beschleunigten Braunkohleausstieg.

Langfristig kommt es durch den Braunkohleausstieg in den betroffenen Regionen zu Abwanderung, was wesentlich dazu beiträgt, die Arbeitslosenquote wieder zu verringern. Aus der Lausitz wandern den Simulationsrechnungen zufolge ungefähr 2 500 Personen (ca. 0,7% der Erwerbsbevölkerung des Jahres 2014) wegen des beschleunigten Braunkohleausstiegs zusätzlich ab (vgl. Abbildung 3 d).


## Fazit

Zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung ist ein Ausstieg aus der Braunkohleverstromung notwendig, wenn nicht drastische Verbesserungen zur Emissionsvermeidung bei der Verstromung von Braunkohle entwickelt werden.

Die Braunkohlenwirtschaft spielt in Deutschland zwar als Arbeitgeber insgesamt eine untergeordnete Rolle. Die Arbeitnehmerentgelte sind hier aber im Schnitt doppelt so hoch wie das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt in Deutschland. Besonders in der Lausitz kommt ein beträchtlicher Teil des Arbeitseinkommens aus der Braunkohlenwirtschaft.

Ein beschleunigter Braunkohleausstieg wird langfristig das Arbeitnehmerentgelt in Deutschland um über vier Mrd. Euro (in Preisen von 2014) bis 2040 reduzieren. Dies entspricht 0,3% des gesamten Arbeitnehmerentgelts in Deutschland. Die negativen Beschäftigungseffekte werden dagegen bereits nach 2030 zurückgehen. Besonders das Arbeitnehmerentgelt im Rheinland fällt mit 1,8 Mrd. Euro zusätzlich (dies entspricht 1,5 % des Arbeitnehmerentgeltes insgesamt im Rheinland des

Jahres 2014). Das Arbeitnehmerentgelt pro Erwerbstätigen fällt am stärksten in der Lausitz.

Ein beschleunigter Braunkohleausstieg wird zu temporär höheren Arbeitslosenquoten in den Braunkohleregionen führen. Dieser Anstieg wird mit ca. 1,1 Prozentpunkten in der Lausitz am stärksten ausfallen. Die Braunkohleregionen weisen bereits jetzt höhere Arbeitslosenquoten als die übrigen Regionen auf; durch den Braunkohleausstieg wird sich ihre relative Position weiter verschlechtern, was auch die Abwanderung befördert. 



**Oliver Holtemöller**

Stellvertretender Präsident,  
Leiter der Abteilung Makroökonomik

[Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)



**Christoph Schult**

Abteilung Makroökonomik

[Christoph.Schult@iwh-halle.de](mailto:Christoph.Schult@iwh-halle.de)

# Gute Absicht – böses Ende: Die US-Wohnungspolitik als Brandbeschleuniger der Weltfinanzkrise

Reint E. Gropp, Vahid Saadi

Der Boom auf dem US-amerikanischen Eigenheimmarkt in den frühen 2000er Jahren führte zur schwersten Finanzkrise der vergangenen Jahrzehnte. Wissenschaftler haben unterschiedliche Faktoren dokumentiert, die zum rasanten Anstieg der Immobilienpreise beigetragen haben. Kaum beleuchtet wurde bisher die Rolle der US-Wohnungspolitik, insbesondere die Förderung des privaten Wohneigentums durch den Community Reinvestment Act (CRA). Der vorliegende Beitrag untersucht die Geschichte dieses Bundesgesetzes und seine Auswirkungen auf den Markt für Hypotheken und Wohneigentum seit den späten 1990er Jahren. Infolge des CRA wurden seit 1998 deutlich mehr Hypotheken aufgenommen. Der Anstieg der Immobilienpreise in der Boomphase beruhte zum Teil auf diesem politisch induzierten Anstieg der Hypothekengabe. Der CRA ermöglichte es auch Kreditnehmern mit geringerer Kreditwürdigkeit, eine Hypothek aufzunehmen – in der Folge kam es zu vermehrten Zahlungsausfällen. Der CRA hat also zum Boom-Bust-Zyklus auf dem amerikanischen Immobilienmarkt beigetragen. Er kann als Beispiel einer wohlmeinenden Politik gelten, die unbeabsichtigt wohlfahrtsmindernde Wirkungen zeitigt.

*JEL-Klassifikation: G21, G28, R21, R31*

*Schlagwörter: Finanzkrise, Immobilienpreise, Hypotheken, Wohnungspolitik, Community Reinvestment Act, USA*

Der Ausbruch der Weltfinanzkrise liegt inzwischen mehr als ein Jahrzehnt zurück. Ihren Ursprung hatte die Krise in einer Preisblase auf dem US-Immobilienmarkt. Zwischen 1998 und 2006 stiegen die Preise für Häuser in den USA inflationsbereinigt um etwa 90% und fielen danach bis zum Jahr 2010 um circa ein Drittel. Diese Entwicklung der Häuserpreise schürte eine enorme Finanzinstabilität, umfangreiche Produktionsverluste in vielen Ländern der Welt und den Zusammenbruch oder Beinahezusammenbruch zahlreicher Finanzinstitute. Die wissenschaftliche Forschung zu den Ursachen der Krise hat sich größtenteils auf die Rolle der Kreditmärkte in diesem Boom-Bust-Zyklus konzentriert. Hervorzuheben sind hierbei die für zu lange Zeit zu niedrigen Zinssätze für kurzfristige Kredite, eine globale Ersparnisschwemme, eine weitverzweigte Deregulierung des Bankensektors sowie eine Welle von Kreditverbriefungen, die zu laschen Bedingungen bei der Kreditvergabe führte und damit vermutlich das Angebot an Hypothekenkrediten und die Nachfrage nach Immobilien anheizte – was in der Konsequenz zum starken Anstieg der Preise für Häuser führte.

Doch auch zunächst unverdächtig erscheinende Politikfelder wie eine sozialpolitisch ausgestaltete Wohnungspolitik haben ungewollt zur Entstehung der Krise beigetragen. Dieser Beitrag untersucht, inwieweit die Politik der US-Regierung zur Förderung von Wohn-

eigentum den Anstieg der Hypothekengabe und Immobilienpreise in den Jahren 1998 bis 2006 zusätzlich befördert hat. Im Fokus steht hierbei die im Jahr 1995 in Kraft getretene Novelle des Community Reinvestment Act (im Folgenden CRA genannt).<sup>1</sup>

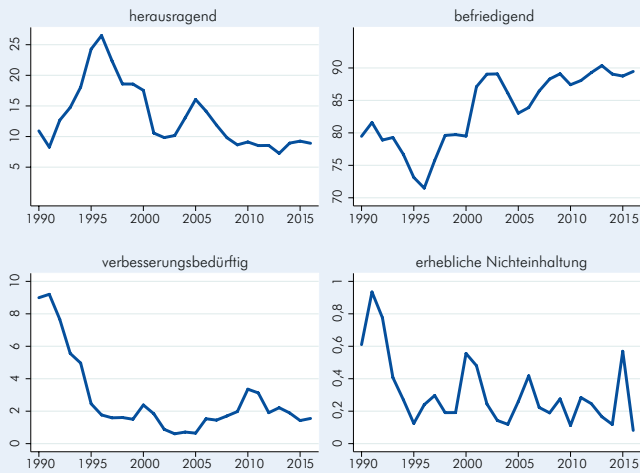
## Der Community Reinvestment Act

Der CRA wurde ursprünglich im Jahr 1977 erlassen, um potenziell diskriminierende Praktiken bei der Kreditvergabe gegenüber Haushalten in Wohnvierteln mit niedrigen und mittleren Einkommen (eine *Redlining* genannte Praxis) zu vermeiden. Das Gesetz war jedoch in den ersten zwei Jahrzehnten nach seiner Verabschiedung nicht vollständig durchsetzbar. Es fehlten objektive, messbare Kriterien, um seine Einhaltung durch die Banken zu prüfen, sowie glaubhafte Sanktionen gegen zuwiderhandelnde Banken. Dies machte das Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung unwirksam. Erst in den 1990er Jahren wurde der CRA glaubhaft durchgesetzt. Die Novellierung im Jahr 1995 legte objektive Kriterien fest, anhand derer die Einhaltung des CRA durch die Banken bewertet werden konnte. Darüber hinaus war es der Regulierungsbehörde nun

<sup>1</sup> Dieser Beitrag beruht auf Saadi, Vahid: Mortgage Supply and the US Housing Boom: The Role of the Community Reinvestment Act. *IWH-Diskussionspapiere* 32/2016, Halle (Saale) 2016.

**Abbildung 1**  
CRA-Ratings im Zeitraum von 1990 bis 2016

Anteil der Banken mit dem betreffenden Rating an allen bewerteten Banken, in %



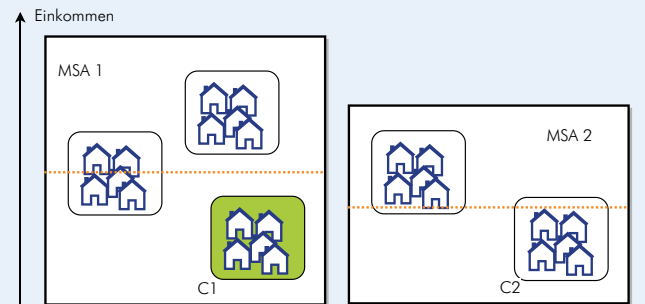
Anmerkung: Die Anteile beziehen sich auf die Gesamtzahl der Finanzinstitute, die unter den CRA fallen. Die Bewertungen „herausragend“ (*outstanding*), „befriedigend“ (*satisfactory*), „verbesserungsbedürftig“ (*needs to improve*) und „erhebliche Nichteinhaltung“ (*substantial noncompliance*) geben an, in welchem Maße eine Bank den Vorgaben des CRA gerecht wird. Quelle: [CRA-Rating-Suche](#) des Federal Financial Institutions Examination Council (FFIEC).

erstmalig möglich, eine Nichteinhaltung zu ahnden: Sie konnte regelverletzenden Banken die Genehmigung für eine Expansion oder einen Zusammenschluss verweigern. In der Folge sanken die CRA-Bewertungen ab 1995 insgesamt deutlich (vgl. Abbildung 1). Rund 15% der Banken mussten zwischen 1995 und 2000 eine Herabstufung ihres CRA-Ratings hinnehmen. Dies war ein glaubhaftes Signal an die Banken, dass die Regulierungsbehörde gewillt war, die neuen Standards durchzusetzen.

### Wie der Effekt einer geänderten Wohnungspolitik gemessen werden kann

Um den Effekt der geänderten Wohnungspolitik auf den Umfang der Hypothekengabe zu identifizieren, machen sich die Autoren drei wichtige institutionelle Merkmale des CRA zunutze. *Erstens* stellt die 1995 eingeführte und 1998 vollständig wirksam gewordene Novellierung eine von außen vorgegebene Veränderung im Zeitverlauf dar. Sollte die Novelle Wirkung gezeigt haben, so müsste sich dies in einer höheren Zahl vergebener Hypotheken ab dem Jahr 1998 wieder spiegeln. *Zweitens* definiert der CRA statistische Zählbezirke mit einem mittleren Familieneinkommen von weniger als 80% des mittleren Familieneinkommens

**Abbildung 2**  
CRA-qualifizierte und nicht qualifizierte statistische Zählbezirke



MSA: Metropolitan Statistical Area; C: Census Tract.  
Quelle: Darstellung des IWH.

ihres jeweiligen Referenzbezirks (Metropolitan Statistical Area, MSA)<sup>2</sup> als *CRA-qualifiziert*. Das ermöglicht den Vergleich zwischen statistischen Zählbezirken mit ähnlichem mittlerem Familieneinkommen in unterschiedlichen MSA desselben Bundesstaats. Diese Situation ist in Abbildung 2 dargestellt. C1 und C2 sind zwei statistische Zählbezirke mit ähnlichem mittlerem Familieneinkommen, aber nur C1, in grün dargestellt, ist CRA-qualifiziert, da C1 sich in MSA1 befindet, wo das mittlere Familieneinkommen höher liegt als in MSA2. In einer Gruppe von Zählbezirken ähnlichen Familieneinkommens (C1, C2) sollte sich die gestiegene Hypothekengabe infolge der CRA-Novelle also nur in den CRA-qualifizierten Bezirken (C1) zeigen. *Drittens* schließlich unterliegen nur Finanzinstitutionen mit staatlicher Einlagensicherung dem CRA (im Folgenden als *CRA-reguliert* bezeichnet), während das Gesetz auf Genossenschaftsbanken und unabhängige Hypothekengestalter nicht anwendbar ist. Die nicht regulierten Institute sollten daher bei der Hypothekengabe keine Unterschiede zwischen CRA-qualifizierten und nicht qualifizierten Zählbezirken machen (wenn diese Bezirke, wie C1 und C2, sich ansonsten ökonomisch ähnlich sind).

### Die CRA-Novelle bewirkte einen Anstieg der Hypothekengabe

Tatsächlich bestätigen die Daten die vermuteten Effekte der Gesetzesnovelle. Aus Abbildung 3 wird ersichtlich, dass die regulierten Banken, nachdem 1998 die Regelungen des CRA stärker durchgesetzt wurden,

<sup>2</sup> Die Metropolitan Statistical Areas (MSA) sind ökonomisch funktional definierte Regionen in den USA, die in der Regel ein Oberzentrum und sein Einzugsgebiet umfassen. Die statistischen Zählbezirke (Census Tracts) sind Untereinheiten der MSA.

ihre Kreditvergabe an CRA-qualifizierte statistische Zählbezirke beschleunigten, während ihre Hypothekengabe in nicht vom CRA abgedeckten Zählbezirken weiter dem vor 1998 zu beobachtenden Trend folgte. Im Gegensatz dazu weisen Finanzinstitutionen, die dem CRA nicht unterliegen, keine Unterschiede in der Wachstumsrate ihrer Hypothekengabe zwischen CRA-qualifizierten und nicht qualifizierten statistischen Zählbezirken auf, weder vor noch nach 1998. Die statistischen Schätzungen zeigen, dass das prozentuale jährliche Wachstum der Hypothekengabe durch CRA-regulierte Institutionen in CRA-qualifizierten statistischen Zählbezirken im Zeitraum von 1998 bis 2002 circa 4,8 bis 5,7 Prozentpunkte höher lag als das Wachstum der Hypothekengabe durch dieselben Institutionen an eine entsprechende Kontrollgruppe nicht CRA-qualifizierter statistischer Zählbezirke. Für die Differenz ist vor allem ein zahlenmäßiger Anstieg der Hypotheken verantwortlich, nicht ein Anstieg ihres Umfangs.

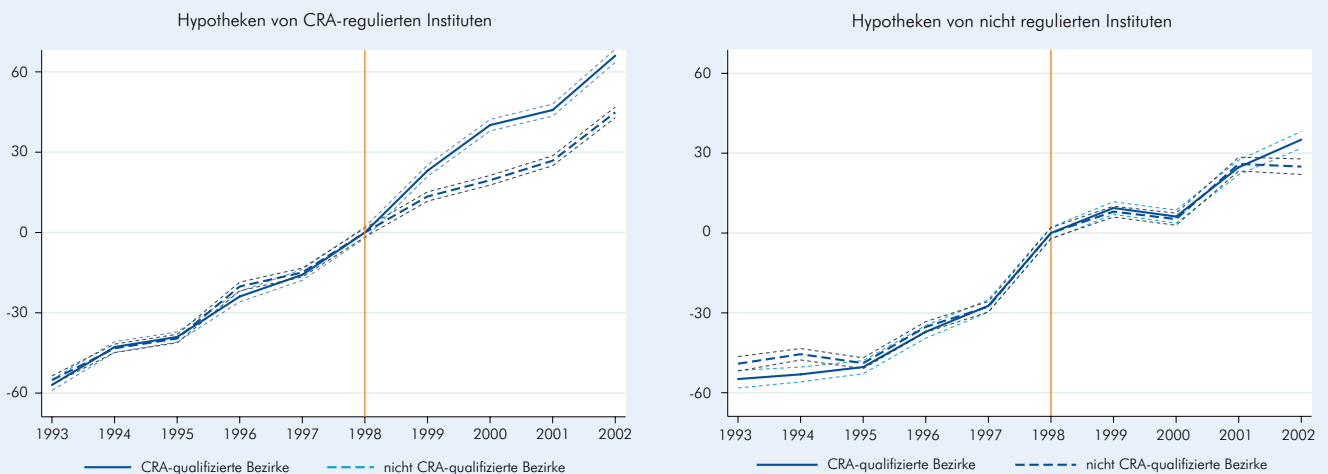
### Die Hypotheken bliesen zusätzliche Luft in die Hauspreisblase

Die nächste Frage lautet, ob CRA-qualifizierte Wohngehenden einen höheren Anstieg der Immobilienpreise verzeichneten und inwieweit der Anstieg der Häuserpreise mit der wohnungspolitisch forcierten Versorgung mit Hypotheken in Verbindung gebracht werden kann. In der Theorie wird von einem positiven Effekt

des Angebots von Hypotheken auf die Immobilienpreise ausgegangen. Zunächst führt ein einfacherer Zugang zu Hypothekenkrediten zu einer größeren Nachfrage nach Wohneigentum, da nun mehr Haushalte eine Immobilie finanzieren können. Das Angebot an Häusern ist jedoch in der Regel begrenzt, beispielsweise aufgrund von beschränkt vorhandenem Bauland. Deswegen steigen infolge der größeren Nachfrage die Preise für Häuser. Außerdem führen günstigere Finanzierungen dazu, dass Käufer weniger hartnäckig um Preisnachlässe verhandeln, was zu weiter steigenden Häuserpreisen führt.

In der Studie wird mit Hilfe der politisch induzierten Steigerung des Angebots an Hypotheken, hervorgerufen durch die Durchsetzung des CRA im Jahr 1998, geschätzt, wie stark die Häuserpreise auf eine Ausweitung des Kreditangebots reagieren. Im Ergebnis führt eine um einen Prozentpunkt höhere Wachstumsrate bei der Hypothekengabe zu einem Anstieg der Preissteigerungsrate für Häuser von 0,7 Prozentpunkten (Jahresraten). In Übereinstimmung mit dem bekannten Zusammenhang zwischen Kreditangebot und Immobilienpreisen kommt das Papier zu dem Ergebnis, dass die Preise für Häuser zwischen 1998 und 2006 in CRA-qualifizierten statistischen Zählbezirken stärker gestiegen sind als in vergleichbaren Bezirken, quer über die Einkommensverteilung hinweg. Darüber hinaus fiel nach dem Zusammenbruch des Häusermarkts der Verfall der Preise für Häuser in CRA-qualifizierten Zählbezirken gravierender aus. Allgemein lässt sich

**Abbildung 3**  
Hypothekengabe durch CRA-regulierte und nicht regulierte Institute  
Wachstumsraten im Vergleich zu 1998, in %



Quelle: [Datenangebot](#) des Home Mortgage Disclosure Act (HMDA).

feststellen, dass die Gegenden mit dem höchsten Preisanstieg in Zeiten des Booms anschließend einen schärferen Preisverfall zu verzeichnen hatten. Beide Beobachtungen stimmen mit dem kreditinduzierten Boom-Bust-Zyklus überein, zu dem der CRA, wie beschrieben, beigetragen hat.


## Die Wohnungspolitik erhöhte das Ausfallrisiko der Hypotheken

Die Praxis des *Redlining* lässt sich am besten als eine Art statistischer Diskriminierung basierend auf der Nachbarschaft des Kreditnehmers beschreiben. Aus Sicht der Banken stellt sie eine optimale Methode des Risikomanagements dar. Faktisch untergrub der CRA diese Methode zur Beurteilung von Kreditnehmern. Dies hat möglicherweise dazu geführt, dass CRA-regulierte Banken risikoreichere Hypotheken vergeben haben. Tatsächlich zeigen die Daten, dass durch CRA-regulierte Banken vergebene Hypotheken in CRA-qualifizierten statistischen Zählbezirken an Kreditnehmer mit geringeren FICO-Scores<sup>3</sup> gingen. Es scheint, als hätten Banken das Risiko durch höhere Zinssätze kompensiert. Die im Nachhinein ermittelte Ausfallwahrscheinlichkeit bei CRA-induzierten Hypotheken war um 14% höher als die durchschnittliche Ausfallrate.

## Fazit: Der CRA als Beispiel für eine gut gemeinte, aber wohlfahrtsmindernde Politik

In diesem Beitrag wurde die Rolle des CRA im Rahmen des Boom-Bust-Zyklus auf dem US-Häusermarkt in den 2000er Jahren untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass der CRA beträchtlich zum Anstieg der Hypothekengabe und damit auch zu den aufschießenden Preisen auf dem Immobilienmarkt beigetragen hat. Insgesamt stehen CRA-induzierte Hypotheken für etwa 6% des Gesamtanstiegs der Hypothekengabe zwischen 1998 und 2002. Aufgrund des CRA vergebene Hypotheken waren außerdem risikoreicher und fielen häufiger aus. Insgesamt betrachtet dokumentiert der Beitrag das Angebot an Hypotheken als einen zusätzlichen Faktor bei der Ballung der Risiken im Vorfeld der Krise.

Ein weniger beachteter Aspekt kreditinduzierten Aufschwungs auf dem Häusermarkt besteht in dessen ver-

zerrender Wirkung auf die Realwirtschaft. Beispielsweise wirkt sich der Anstieg von Immobilienpreisen auch auf Kredite für Handel und Industrie aus, da er den Hypothekenmarkt vergleichsweise attraktiver für Banken macht. Zudem hatte der Boom auf dem US-Häusermarkt Effekte auf die berufliche Bildung: Die Erträge aus ungelernter Arbeit stiegen aufgrund einer höheren Nachfrage nach Bau- und Einzelhandelsdienstleistungen an, was zu verminderten Investitionen in Bildung führte. Im Falle des CRA könnten beide dieser unbeabsichtigten negativen Folgen eingetreten sein. Der CRA, wie er in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren umgesetzt wurde, war eine wohlmeinende Politik, die auf mehr Wohneigentum unter weniger gut situierten Haushalten abzielte. Im Ergebnis stellte er sich jedoch als eine die Wohlfahrt mindernde Politikmaßnahme heraus, bedenkt man, dass er zu einer deutlichen Ausweitung des Umfangs und des Risikos auf dem Hypothekenmarkt sowie in der Folge zu einem heftigeren Crash auf dem Häusermarkt führte. 



**Reint E. Gropp**

Präsident

[Reint.Gropp@iwh-halle.de](mailto:Reint.Gropp@iwh-halle.de)



**Vahid Saadi**

IE Business School, Madrid,

IWH Research Affiliate

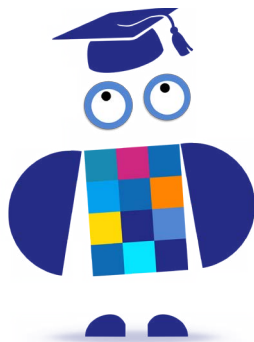
[Vahid.Saadi@ie.edu](mailto:Vahid.Saadi@ie.edu)

<sup>3</sup> Der FICO-Score ist das in den USA gebräuchliche Maß für die persönliche Kreditwürdigkeit, in etwa der deutschen Schufa-Bewertung vergleichbar.

## Meldungen



*Reint E. Gropp* und *Gerhard Heimpold* haben die IWH-Publikation „[Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall](#)“ am 4. März 2019 in Berlin vorgestellt. Die [Pressekonferenz](#) im Haus der Leibniz-Gemeinschaft war sehr gut besucht. Entsprechend groß ist die Medienresonanz in Presse, Rundfunk und Onlinemedien: Die Befunde und Empfehlungen der IWH-Forschenden werden seit Wochen bundesweit diskutiert.



*Shuo Xia* wurde an der Erasmus-Universität Rotterdam promoviert für seine Arbeit „[Essays on Markets for CEOs and Financial Analysts](#)“. Vom 9. bis 12. Dezember 2018 nahm er in Rotterdam an einer Veranstaltung teil, bei der u. a. die Promotionsurkunden übergeben wurden.

**YES!** YOUNG  
ECONOMIC  
SUMMIT

Das IWH beteiligt sich 2019 erstmals an „[YES! – Young Economic Summit](#)“, dem größten deutschen Schulwettbewerb zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Am 8. Februar gestaltete *Felix Noth* das Kickoff-Meeting mit Schülern und Schülerinnen des Martin-Andersen-Nexö-Gymnasiums Dresden zum Thema „[Wer braucht schon Banken?](#)“.

## Veranstaltungen



Mittwoch, 12. Dezember 2018, und Donnerstag, 13. Dezember 2018, Halle (Saale)

### 19th IWH-CIREQ-GW Macroeconometric Workshop: „Uncertainty, Expectations and Macroeconomic Modelling“

The 19th IWH-CIREQ-GW Macroeconometric Workshop took place on December 12th and 13th 2018 at the Halle Institute for Economic Research (IWH). The topics had considered „Uncertainty, Expectations and Macroeconomic Modelling“. Researchers from more than twelve countries presented cutting edge research regarding the macroeconomic modelling of uncertainty and expectations.



Mittwoch, 12. Dezember 2018, Seoul, Korea

### Economic Cooperation Between East and West Germany and Post-unification Development Policies: Implications for Korea

Die Veranstaltung fand im Rahmen des Korean German Research Network on Unification Studies statt, innerhalb dessen das IWH seit Frühjahr 2014 regelmäßig Erfahrungen der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands aufbereitet und mit Gesprächspartnern des Korea Institute for International Economic Policy (KIEP) und des Ministry of Strategy and Finance der Republik Korea diskutiert. An der Zusammenarbeit ist auch das Bundesministerium der Finanzen beteiligt.



Donnerstag, 24. Januar 2019, Halle (Saale)

### IWH Policy Talk „Anatomie des Populismus“

Zu Gast: Professor Dr. Armin Nassehi, Ludwig-Maximilians-Universität München

Der renommierte Münchner Soziologe Armin Nassehi war am 24. Januar 2019 Gast an unserem Institut. Beim IWH Policy Talk ging er der Frage nach, was populistische Bewegungen für viele Menschen so attraktiv macht.

## Veranstaltungen



Dienstag, 5. Februar, und Mittwoch, 6. Februar 2019, Halle (Saale)

### Auftakttreffen zum EU-Projekt MICROPROD

Verliert das Produktivitätswachstum in den Industrieländern an Schwung? Und wenn ja, warum? Mit diesen Fragen, die für die gesamte Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind, befasst sich das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) seit Jahresbeginn 2019 als Koordinator eines neuen EU-Projekts. Unter dem Titel MICROPROD arbeiten Ökonomen und Statistikexperten neun europäischer Partner für drei Jahre zusammen.



Mittwoch, 6. März 2019, Halle (Saale)

### Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall

Unter dem Titel „Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“ hat das IWH am 6. März 2019 eine Tagung durchgeführt. Den Eröffnungsvortrag hielt Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.



## Publikationen

Zeitschrift für Wirtschaftspolitik

### Zu den rentenpolitischen Plänen im Koalitionsvertrag 2018 von CDU, CSU und SPD: Konsequenzen, Finanzierungsoptionen und Reformbedarf

*Oliver Holtemöller, Christoph Schult, Götz Zeddes*

>> In the coalition agreement from February 7, 2018, the new German federal government drafts its public pension policy, which has to be evaluated against the background of demographic dynamics in Germany. ...<<

Intereconomics

### On the Risk of a Sovereign Debt Crisis in Italy

*Oliver Holtemöller, Tobias Knedlik, Axel Lindner*

>> The intention for the Italian government to stimulate business activity via large increases in government spending is not in line with the stabilisation of the public debt ratio. Instead, if such policy were implemented, the risk of a sovereign debt crisis would be high. ...<<

Journal of Banking & Finance

### The Joint Dynamics of Sovereign Ratings and Government Bond Yields

*Makram El-Shagi, Gregor von Schweinitz*

>> Can a negative shock to sovereign ratings invoke a vicious cycle of increasing government bond yields and further downgrades, ultimately pushing a country toward default? The narratives of public and political discussions, as well as of some widely cited papers, suggest this possibility. In this paper, we will investigate the possible existence of such a vicious cycle. ...<<

International Journal of Computational Economics and Econometrics

### Innovation Cooperation in East and West Germany: A Study on the Regional and Technological Impact

*Uwe Cantner, Alexander Giebler, Jutta Günther, M. Kristalova, A. Meder*

>> In this paper, we investigate the impact of regional and technological innovation systems on innovation cooperation. We develop an indicator applicable to regions, which demonstrates the relative regional impact on innovation cooperation. ...<<

Journal of International Money and Finance

### Central Bank Transparency and the Volatility of Exchange Rates

*Stefan Eichler, Helge Littke*

>> We analyse the effect of monetary policy transparency on bilateral exchange rate volatility. We test the theoretical predictions of a stylised model using panel data for 62 currencies from 1998 to 2010. We find strong evidence that an increase in the availability of information about monetary policy objectives decreases exchange rate volatility. ...<<

Applied Economics Letters

### For How Long Do IMF Forecasts on World Economic Growth Stay Up-to-date?

*Katja Heinisch, Axel Lindner*

>> This study analyses the performance of the International Monetary Fund (IMF) World Economic Outlook output forecasts for the world and for both the advanced economies and the emerging and developing economies. ...<<

Review of Financial Studies

### Bank Response to Higher Capital Requirements: Evidence from a Quasi-natural Experiment

*Reint E. Gropp, T. Mosk, S. Ongena, C. Wix*

>> We study the impact of higher capital requirements on banks' balance sheets and their transmission to the real economy. The 2011 EBA capital exercise is an almost ideal quasi-natural experiment to identify this impact with a difference-in-differences matching estimator. ...<<

## Publikationen

Regional Studies

### Do Diasporas Affect Regional Knowledge Transfer within Host Countries? A Panel Analysis of German R&D Collaborations

*Alexander Kubis, Mirko Titze, Lutz Schneider*

>> Interactive regional learning involving various actors is considered a precondition for successful innovations and, hence, for regional development. Diasporas as non-native ethnic groups are regarded as beneficial since they enrich the creative class by broadening the cultural base and introducing new routines. ...<<

Journal of International Money and Finance

### Drivers of Systemic Risk: Do National and European Perspectives Differ?

*Claudia M. Buch, Thomas Krause, Lena Tonzer*

>> With the establishment of the Banking Union, the European Central Bank has been granted the power to impose stricter regulations than the national regulator if systemic risks are not adequately addressed at the national level. ...<<

Journal of Banking & Finance

### Politics and Financial Flexibility: Evidence from China

*X. Gu, Iftekhhar Hasan, Y. Zhu*

>> This paper investigates how political influence affects firms' financial flexibility and speed of adjustment toward target leverage ratios. We find that at the macro level, firms in environments with high political advantages, proxied by provincial affiliations with heads of state as well as political status and party rank of provincial leaders, adjust faster. ...<<

Journal of Banking & Finance

### Senior Debt and Market Discipline: Evidence from Bank-to-Bank Loan

*B. Francis, Iftekhhar Hasan, L. Liu, H. Wang*

>> We empirically investigate whether taking senior bank loans would enhance market discipline and control risk-taking among borrowing banks. Controlling for endogeneity concern arising from borrowing bank self-select into taking senior bank debt, we document that both the spreads and covenants in loan contracts are sensitive to bank risk variables. ...<<

Wirtschaftsdienst

### Mindestlohnbeschäftigte: Dienstleister für den privaten Konsum oder Teilhaber am Exporterfolg? Ergebnisse einer Input-Output-Analyse

*Hans-Ulrich Brautzsch, Birgit Schultz*

>> Im Jahr 2014 waren mehr als 38 Millionen Personen in Deutschland als Arbeitnehmer beschäftigt. Sie produzierten vor allem Güter für den Konsum, für Investitionen in Ausrüstungen und Bauten sowie den Export, aber auch Vorleistungsgüter, die als Bestandteil der Wertschöpfungsketten indirekt in deren Entstehung eingingen. ...<<

Journal of Economics and Statistics

### Industrial Relations: Worker Codetermination and Collective Wage Bargaining

*Steffen Müller, Claus Schnabel*

>> Trade unions and employers' associations, collective bargaining, and employee representation at the workplace are the cornerstones of industrial relations systems in many developed countries. ...<<

## Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 1/2019

### Identifying Cooperation for Innovation – A Comparison of Data Sources

*Michael Fritsch, M. Piontek, Mirko Titze*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 2/2019

### An Evaluation of Early Warning Models for Systemic Banking Crises: Does Machine Learning Improve Predictions?

*J. Beutel, S. List, Gregor von Schweinitz*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 3/2019

### Benign Neglect of Covenant Violations: Blissful Banking or Ignorant Monitoring?

*Stefano Colonnello, Michael Koetter, Moritz Stieglitz*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 4/2019

### Potential International Employment Effects of a Hard Brexit

*Hans-Ulrich Brautzsch, Oliver Holtemöller*

IWH Discussion Papers No. 5/2019

### flexpaneldid: A Stata Command for Causal Analysis with Varying Treatment Time and Duration

*Eva Dettmann, Alexander Giebler, A. Weyh*

## Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 22/2018

### **IWH leitet millionenschweres EU-Forschungsprojekt zur Produktivität**

>>Verliert das Produktivitätswachstum in den Industrieländern an Schwung? Und wenn ja, warum? Mit diesen Fragen, die für die gesamte Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind, befasst sich das IWH ab Jahresbeginn 2019 als Koordinator eines neuen EU-Projekts. Unter dem Titel MICROPROD arbeiten Ökonomen und Statistikexperten neun europäischer Partner für drei Jahre zusammen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 23/2018

### **Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und Öffentliche Finanzen 2018 bis 2025**

>>Für das Jahr 2018 ist mit einem Überschuss der öffentlichen Haushalte in Deutschland von knapp 60 Mrd. Euro zu rechnen. Allerdings werden sich mittelfristig die demographischen Bedingungen verschlechtern. Auch deshalb dürfte sich die Finanzlage des deutschen Staates nach und nach verschlechtern, auch wenn sie bis zum Jahr 2025 entspannt bleiben dürfte, sofern keine größeren konjunkturellen Rückschläge eintreten. ...<<

IWH-Pressemitteilung 1/2019

### **Schneller Braunkohleausstieg hat deutliche Folgen in betroffenen Regionen**

>>Wenn Deutschland die Braunkohleverstromung vorzeitig beendet, wird die Gesamtwirtschaft kaum beeinträchtigt. Allerdings zeigen Berechnungen des IWH spürbare Effekte auf die Arbeitsmärkte des Rheinlands, Mitteldeutschlands und der Lausitz. Eine Region ist besonders betroffen von Arbeitslosigkeit und Abwanderung. ...<<

IWH-Pressemitteilung 2/2019

### **Wissenschaftsrat stimmt IWH-Erweiterung zu**

>>Der Wissenschaftsrat befürwortet die Gründung einer neuen Abteilung am IWH. Mit zusätzlichen Forschenden und einem neuen Ansatz will das Institut untersuchen, welche Auswirkungen das Zusammenspiel von unterschiedlichen staatlichen Eingriffen in Finanz- und Arbeitsmärkte auf die Gesamtwirtschaft hat. ...<<

IWH-Pressemitteilung 3/2019

### **Harter Brexit würde deutschen Arbeitsmarkt besonders treffen**

>>Sollte Großbritannien ohne Vertrag aus der Europäischen Union austreten, hätte das Folgen für den internationalen Handel und die Arbeitsmärkte in vielen Ländern, auch außerhalb Europas. Berechnungen des IWH zeigen: Weltweit könnten mehr als 600 000 Arbeitskräfte betroffen sein, aber nirgends so viele wie in Deutschland. ...<<

## Das IWH in den Medien

*Reint E. Gropp*: Bericht: [Bericht zur IWH-Publikation „Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“](#)  
in: Tagesschau und Tagesthemen, 2. März 2019

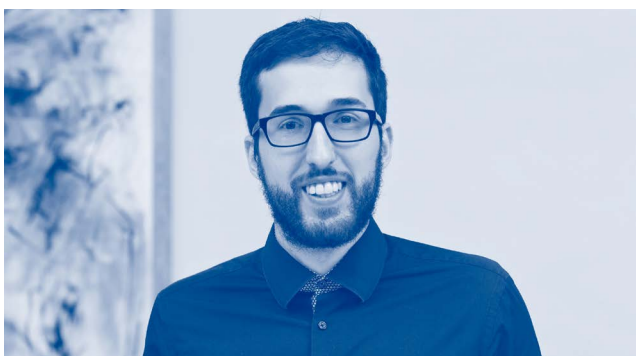
*Oliver Holtemöller, Hans-Ulrich Brautzsch*: Bericht: „[Beim No-Deal-Brexit trifft es diese deutschen Regionen besonders hart](#)“ in: welt.de, 10. Februar 2019

*Steffen Müller*: Gastbeitrag: „[Keine subventionierten Jobs schaffen!](#)“ in: Die Welt, 22. Januar 2019

## Personalien



*Reint E. Gropp* ist seit 1. Januar 2019 [CEPR Associate Fellow](#) im European Economic Architecture Research and Policy Network (RPN).



*Matthias Mertens* wurde der [LABOUR-Preis](#) für das “Best conference paper written by young scientists in Theoretical or Applied Microeconometrics” verliehen. Den Preis erhielt er auf dem [8th Italian Congress of Econometrics and Empirical Economics](#) für sein Papier “Micro-Mechanisms Behind Declining Labour Shares: Market Power, Production Processes, and Global Competition”.



*Lena Tonzer* wurde zur Research Associate von [SUERF – The European Money and Finance Forum](#) ernannt.



## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller

### Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning  
Layout und Satz: Peggy Krönung, Ingrid Dede  
Tel +49 345 7753 738/721  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © Ricardo Gomez Angel – unsplash.com  
Wirtschaft im Wandel, 25. Jahrgang  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. April 2019

ISSN 2194-2129